

Dear reader,

This is an author-produced version of an article published in Martin Dabrowski / Patricia Ehret / Mark Radtke (eds.), *Demokratie, Gerechtigkeit, Partizipation*. It agrees with the manuscript submitted by the author for publication but does not include the final publisher's layout or pagination.

Original publication:

Hermann-Josef Große Kracht

Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaat. Komplexe Wechselbeziehungen, keine einfachen Gemeinsamkeiten

in: Martin Dabrowski / Patricia Ehret / Mark Radtke (eds.), *Demokratie, Gerechtigkeit, Partizipation*, pp. 131–138

Paderborn: Ferdinand Schöningh 2021

https://doi.org/10.30965/9783657760398_009

Access to the published version may require subscription.

Published in accordance with the policy of Ferdinand Schöningh:

<https://www.schoeningh.de/page/open-access>

Your IxTheo team

Liebe*r Leser*in,

dies ist eine von dem/der Autor*in zur Verfügung gestellte Manuskriptversion eines Aufsatzes, der in Martin Dabrowski / Patricia Ehret / Mark Radtke (Hg.), *Demokratie, Gerechtigkeit, Partizipation* erschienen ist. Der Text stimmt mit dem Manuskript überein, das der/die Autor*in zur Veröffentlichung eingereicht hat, enthält jedoch *nicht* das Layout des Verlags oder die endgültige Seitenzählung.

Originalpublikation:

Hermann-Josef Große Kracht

Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaat. Komplexe Wechselbeziehungen, keine einfachen Gemeinsamkeiten

in: Martin Dabrowski / Patricia Ehret / Mark Radtke (Hg.), *Demokratie, Gerechtigkeit, Partizipation*, S. 131–138

Paderborn: Ferdinand Schöningh 2021

https://doi.org/10.30965/9783657760398_009

Die Verlagsversion ist möglicherweise nur gegen Bezahlung zugänglich.

Diese Manuskriptversion wird im Einklang mit der Policy des Verlags Ferdinand Schöningh publiziert: <https://www.schoeningh.de/page/open-access>

Ihr IxTheo-Team

Hermann-Josef Große Kracht

Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaat.

Komplexe Wechselbeziehungen, keine einfachen Gemeinsamkeiten

Das Verhältnis von Demokratie und Marktwirtschaft ist ohne Frage, wie Thomas Apolte notiert, spannungsreich. Die Vorstellung, dass beide sich im Kern widersprechen – erst recht, wenn mit Marktwirtschaft zugleich Kapitalismus gemeint ist, sei gerade in der Öffentlichkeit, wie er schreibt, "sehr verbreitet und ausgesprochen populär" (3); und sie enthalte "zumindest ein Körnchen Wahrheit" (3). Ich vermute, sie enthält sogar eine ganze Kornkammer Wahrheit, wobei die Wahrheitsfindung – wie so oft – dadurch erschwert ist, dass man nicht über klare begriffliche Festlegungen verfügt, was denn nun genau unter Demokratie und unter Marktwirtschaft zu verstehen ist. Auch Thomas Apolte bietet, wenn ich den Text richtig gelesen habe, keine klare Arbeitsdefinition. Marktwirtschaft und Kapitalismus scheint er aber synonym zu verwenden, ohne sie näher zu klären. Und auch was Demokratie sein soll, wird nicht wirklich klar definiert. Allerdings liefert der Text doch eine ganze Reihe von Hinweisen zu dem, was sein Verfasser unter Demokratie versteht.

So schreibt Apolte im Blick auf die Demokratie von der Orientierung am Volkswillen, gibt aber gleich – und sehr zu Recht – zu bedenken, dass sich der Volkswille nicht eindeutig bestimmen lasse. Einen Willen im eigentliche Sinne könne nur ein Individuum haben und artikulieren, nicht aber ein größere Gruppe oder gar ein Volk, auch wenn es in seltenen Ausnahmefällen möglich sei, dass sich "alle Gruppenmitglieder in ihren Wünschen einig sind" (18). Das Problem mit der politischen Orientierung am Volkswillen vergrößere sich aber noch massiv, wenn man bedenkt, dass eine Demokratie, die diesen Namen verdient, es tagtäglich mit einer Unmenge an unendlich komplexen Abstimmungs- und Entscheidungssituationen zu tun haben würde, in die alle Bürgerinnen und Bürger engagiert und kompetent involviert sein müssten. Und noch dramatischer werde es, so Apolte, wenn man bedenkt, dass es zudem zum Selbstverständnis des demokratischen Prozesses gehört, "dass mit voller demokratischer Berechtigung jedweder Mehrheitsbeschluss durch einen weiteren Mehrheitsbeschluss als undemokratisch identifiziert werden kann, wobei es jedem weiteren Mehrheitsbeschluss ebenso geht" (20).

In diesem Sinne scheinen sich Demokratien dadurch kennzeichnen zu müssen, dass sämtliche Bevölkerungsmitglieder in permanente Meinungs- und Willensbildungsprozesse mit Geschäftsordnungsanträgen, Wahlgängen, Abstimmungen, Widersprüchen, erneuten Wahlgängen, Abstimmungen, Widersprüchen, nochmaligen Wahlgängen, Abstimmungen und Widersprüchen – und dies *ad infinitum* – verstrickt sind; und dass über sämtliche Angelegenheiten ihres Lebens nicht einfach sie selbst, sondern eigentlich nur diese endlosen demokratischen Prozesse befinden dürften. Dies ist eine Demokratievorstellung, die man natürlich schnell der Lächerlichkeit preisgeben kann, und zu der Ökonomen dann ebenso schnell eine viel bessere, flott und geschmeidig daher kommende Alternative anbieten können: eben den Markt. Denn der kann auch ohne mühsame – und eigentlich nicht zu leistende – Kollektiventscheidungen dafür sorgen, dass die Willensbekundungen des Volkes, das heißt jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers, angemessen zu Zuge kommen.

Am Ende ist dann Demokratie gleich Markt, weil nur der Markt es allen Bürgerinnen und Bürgern, sofern sie kaufkräftige Nachfrage mobilisieren können, ermöglicht, ihre individuellen Wünsche umzusetzen und dem ganzen leidigen Problem der kollektiven Entscheidung elegant aus dem Weg zu gehen. Thomas Apolte erläutert dies schlagend am Beispiel des Fahrrads: Wenn die einzelnen Bürger des Staates mal ein Fahrrad haben wollen oder auch nicht, dann regelt man das sinnvollerweise nicht über irgendwelche administrative Maßnahmen, wie in Planwirtschaften, sondern sinnvollerweise eben über Märkte.

Menschen wollen in ihrem Staat aber nicht nur ab und zu mal ein Fahrrad kaufen oder auch nicht – und die Fahrradfrage sollte in der Tat eine Frage der Märkte und nicht der Demokratie sein. Menschen wollen und müssen in ihrem Staat aber, ob sie wollen oder nicht, kollektiv eine ganze Reihe von Fragen klären, die sie nicht einfach über ihre individuelle Kaufkraft an entsprechenden Märkten regeln können; zumindest dann nicht, wenn sie nicht superreich sind. Das fängt schon beim Grundbedarf an innerer und äußerer Sicherheit an, der zentralen Aufgabe des modernen Staates. Und es hört bei den Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht auf, auch wenn uns vor allem in den 2000er Jahren von neoliberaler Seite gerne eingeredet wurde, auch dieser Bereich sei besser über private Märkte als über staatliche Administration zu regeln; und eigentlich könne man doch auch gleich Militär, Polizei und Gefängnisse nach der Marktlogik privater Kapitalakkumulation organisieren. Die entsprechenden Erfahrungen dieser Zeit waren freilich so, dass heute davon kaum noch die Rede ist.

Allerdings steht die Frage nach dem Verhältnis von Markt und Staat, d.h. die Frage, welche Dinge die Bürgerinnen und Bürger am besten über den Markt oder über den Staat regeln sollten – und dies ist eine der zentralen demokratischen Grundfragen gesellschaftlicher Selbstregierung, nicht im Zentrum des Textes von Apolte. Im Kern geht es ihm vielmehr um die interessante Beobachtung, dass sich beim Blick auf die Staaten dieser Welt – entgegen des weit verbreiteten Eindrucks der Widersprüchlichkeit von Marktwirtschaft und Demokratie – offensichtlich schon rein empirisch ein enger Zusammenhang zwischen beiden nachweisen lässt.

So präsentiert Thomas Apolte in seinem Papier ein aufschlussreiches Streudiagramm für 156 Staaten, das die Zusammenhänge zwischen den Graden an Demokratie und an Marktwirtschaft dieser Länder darstellt; mit dem Ergebnis, dass es hier – bei wenigen Ausnahmen – eine ganz erhebliche Korrelation gibt. Demnach scheinen Marktwirtschaft und Demokratie empirisch eng zusammenzugehören, was vor allem für die moderne westliche Staatenwelt gilt, in der diese Kombination besonders häufig auftritt. Darüber hinaus gebe es zumindest bis in die jüngere Vergangenheit auch, was nicht weiter überraschend ist, Modelle aus Planwirtschaft und Diktatur und – was schon eher überrascht, von Marktwirtschaft plus Diktatur, was für viele Anhänger der Idee der Marktwirtschaft ein eher befremdlicher, jedenfalls ungerne zugestandener Sachverhalt sein dürfte. Einzig die Kombination von Planwirtschaft und Demokratie sei überhaupt nicht anzutreffen. Empirisch gesehen scheinen Marktwirtschaft und Demokratie also sehr gut zu harmonieren. Wer also an der Behauptung bleibender Spannungen zwischen ihnen festhalten will, habe dann zumindest schon mal die Empirie gegen sich.

Allerdings entwickelt Apolte jetzt keine Triumphgefühle. Im Gegenteil: Er thematisiert ausführlich den Befund, dass "wir viele nichtdemokratische Marktwirtschaften beobachten, von denen uns manche mit ihrem enormen Wachstumspotential in den vergangenen Dekaden sehr überrascht haben" (16); gemeint ist wohl die Volksrepublik China. Die Kombination 'Marktwirtschaft plus Diktatur' sei schlicht und einfach ein empirisch nicht bestreitbares Faktum; und es gebe auch theoretisch, wie Apolte schreibt, "keinen Grund, warum Marktwirtschaft nicht mit einer Diktatur kombiniert funktionieren sollte" (23). In der Tat ist die zentrale normative Bezugsgröße der Marktwirtschaft ja auch nicht die Demokratie, wie Apolte mit Recht betont, sondern der Liberalismus. Und dieser ziele auf den unbedingten

Schutz der individuellen Freiheit und Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen, auf seine unantastbaren Rechte, die auch vor illegitimen Eingriffen demokratisch zustande gekommener staatlicher Gesetze geschützt werden müssen. Das klassische Beispiel sind hier immer die individuellen Verfügungsrechte über das private Produktiveigentum, die gegen staatliche Enteignungs- und Sozialisierungsprogramme zu schützen seien; oder auch die privaten Einkommen und Vermögen, die gegen staatliche Besteuerungsbegehrllichkeiten zu verteidigen seien. Diese bleibende Spannung zwischen Liberalismus und Demokratie führt dann auch dazu, dass in der Tat Diktaturen denkbar sind, die bei Anerkennung dieser individuellen Abwehrrechte Parteienvielfalt, öffentliche Meinungsbildung und viele Grundrechte der Menschen außer Kraft setzen – und dennoch die Sympathie des Liberalismus genießen. Das symptomatische Beispiel ist hier die Reaktion der erzliberalen Protagonisten Milton Friedman und Friedrich August von Hayek, nachdem in Chile 1973 die demokratisch gewählte sozialistische Regierung von Salvador Allende durch den Militärputsch von Augusto Pinochet blutig gestürzt wurde. Auch Apolte spricht diesen Fall kurz an und bedauert, dass Friedman sich im Anschluss an diesen Putsch als Wirtschaftsberater Pinochets angedient hat, auch wenn er selbst sicherlich nicht, wie Apolte mit Recht anmerkt, der "Neigung zu rechten Diktaturen" (4) verdächtig werden kann. Aber auch v. Hayek erklärte anlässlich seiner Besuche bei Pinochet, dass er "einen liberalen Diktator einer demokratischen Regierung" vorziehe, "der es an Liberalismus mangelt", denn es sei möglich, dass "ein Diktator auf liberale Art regiert", auch wenn eine Diktatur nur eine "vorübergehende Übergangslösung" sein könne.¹

Aber es geht ja nicht um Marktwirtschaft und Liberalismus, sondern um Marktwirtschaft und Demokratie. Und da kann Thomas Apolte im Blick auf die Staaten der Welt nicht nur auf die enge Korrelation beider verweisen. Er meint, dass es eine weitere Korrelation gibt, die etwa auch im Blick auf die Entwicklung der osteuropäischen Transformationsstaaten nach 1989 deutlich wird, nämlich den Zusammenhang: "Je demokratischer ein Land ist, desto höher ist zumindest im Durchschnitt auch der Grad an Marktwirtschaft." (10) Und auch wenn diese Korrelationen natürlich noch nichts über die Kausalitäten aussagen – wie auch Apolte immer wieder betont, so läge doch die Vermutung nahe, dass eine Zunahme an Demokratie mit einer Zunahme an Marktwirtschaft bzw. umgekehrt eine Zunahme an Marktwirtschaft mit einer Zunahme an Demokratie einherzugehen scheint.

¹ Zit. n. Slobodian (2020), S. 394. Slobodian weist aber eigens darauf hin, dass man die vermeintliche Nähe Hayeks zu Pinochet nicht überbewerten dürfe (vgl. ebd., S. 493).

Nun ist es natürlich schwierig, klar abgrenzbare Indikatoren für 'mehr oder weniger Demokratie' und für 'mehr oder weniger Marktwirtschaft' anzugeben. Hier kann man es nicht bei rein formalen Kriterien – etwa: Wahlrecht und Mehrparteiensysteme als Indizien für Demokratie und privatkapitalistische Märkte statt staatlicher Produktions- und Verteilungspläne als Indizien für Marktwirtschaften – belassen, denn auf dieser Basis lässt sich ein 'mehr oder weniger' nicht ausmachen. Zudem ist fraglich, ob solche Korrelationen wirklich bestehen. Dann müsste nämlich in Ländern, in denen die Demokratie irgendwie wächst, auch die Marktwirtschaft wachsen, d.h. es müsste in Phasen eines demokratischen Aufbruchs zugleich breite Entstaatlichungs- und Vermarktlichungstendenzen geben. Und umgekehrt müssten neoliberale Vermarktlichungen zu einer zunehmenden Wertschätzung der Demokratie führen. Beides scheint mir aber nicht nur theoretisch unplausibel zu sein. Es scheint auch empirisch kaum vorzukommen. Apolte selbst betont, dass in nicht wenigen osteuropäischen Transformationsgesellschaften in den 1990er Jahren Demokratisierungsprozesse wieder zurückgefahren wurden, weil sie sich mit der gleichzeitigen Einführung von Marktwirtschaften nicht vermitteln ließen. So schreibt er: "Nicht selten ist die Demokratisierung gerade im Zuge der Privatisierung wieder zurückgenommen worden, weil die Demokratie den Konflikten nicht gewachsen war, welche mit der Privatisierung verbunden waren." (15). In der Tat: Wer die harten Schocktherapien der Marktwirtschaft rigoros durchziehen will, ist besser dran, wenn er dazu 'ungehindert durchregieren' kann, ohne allzu viele Rücksichten auf demokratische Mitwirkungsansprüche des Volkes nehmen zu müssen.

Auch im Blick auf unsere westlichen Wohlstandsgesellschaften sind sich Politikwissenschaftler und Soziologen weithin einig, dass – wie vor allem in den 2000er Jahren – das neoliberale Projekt von 'mehr Markt' und 'weniger Staat' nicht zu einer neuen Blüte der Demokratie, sondern eher zu deren beschleunigter Verwelkung führt. Ein zeitdiagnostisches Schlagwort wie das von der 'Postdemokratie' (Colin Crouch) hat ja nicht zufällig für Furore und jede Menge Zustimmung gesorgt. Und es ist auch völlig naheliegend: Je mehr die Dinge des individuellen und des gemeinschaftlichen Lebens nicht mehr vom demokratisch programmierten Staat, sondern von den anonymen, jeder demokratischen Kontrolle und Verantwortung enthobenen Märkten geregelt werden, desto überflüssiger wird die Frage, ob wir uns noch um eine demokratische Beauftragung und Steuerung eines zunehmend machtlosen Staates kümmern sollen. Wichtiger wäre es dann, sich um eine

demokratische Steuerung der Märkte zu kümmern. So etwas aber ist ein Widerspruch in sich: Märkte lassen sich im Unterschied zu Staaten schon *per definitionem* nicht demokratisch steuern. Bestenfalls lässt sich ihr Wirkungskreis eingrenzen durch die alte sozialdemokratische Devise 'mehr Staat' und 'weniger Markt'. Von daher wäre zu vermuten, dass es um die Demokratie in denjenigen Gesellschaften am besten bestellt ist, in denen es ausgebaute Staatstätigkeiten und breite öffentliche Sektoren gibt. Ein Blick in die skandinavischen Staaten würde das wohl auch erst einmal bestätigen.

An dieser Stelle macht sich dann schmerzlich bemerkbar, dass die von Apolte präsentierten Streudiagramme ausschließlich mit den Variablen von Marktwirtschaft und Demokratie arbeiten, den Sozialstaat als eigenständigen Faktor allerdings völlig unberücksichtigt lassen. Wenn Thomas Apolte etwa notiert, "dass die stabilen Demokratien fast ausschließlich eine vergleichsweise gleichmäßige Verteilung des Wohlstandes, gemessen an Einkommen und Vermögen, aufweisen" (23), dann ist dies, wie auch liberale Ökonomen zugestehen, nicht einfach die von selbst eintretende Folge marktwirtschaftlicher Dynamik und Effizienz. Eine 'vergleichsweise gleichmäßige Verteilung' kommt nicht allein durch die Kräfte des Marktes, sondern erst durch sozialstaatlich begleitete und forcierte Umverteilungen der ungleichen Marktergebnisse zustande; zumindest dann, wenn wir uns nicht in die vorindustrielle Traumwelt des Adam Smith hinein imaginieren wollen, in der angeblich alle als freie und gleiche Bäcker, Brauer und Metzger an eigenem kleinen Produktivkapital und auf jederzeit überschaubaren lokalen Märkten wirtschaften und ihr individuelles Glück auf der Grundlage gleicher sozialstruktureller Ausgangsbedingungen suchen. Eine solche Adam Smith-Welt hat freilich es nie gegeben; und heute kann sie erst Recht keine normative Kraft mehr entfalten. Seit den Zeiten des Kaiserreichs haben wir es bekanntlich mit einem 'Organisierten Kapitalismus' (Rudolf Hilferding) zu tun, mit enormen Konzentrationsprozessen im Produktiveigentum, mit Großindustrie und Massenproduktion, mit Kartellen, Oligopolen und massiv vermachteten Märkten.² Und die naiven Hoffnungen der ordoliberalen Wirtschaftstheorien, man könne dieser Entwicklungsdynamik mit einer breiten Streuung des Produktivkapitals wirksam entgegenzutreten – eine Hoffnung, die auch Thomas Apolte zu teilen scheint (vgl. 3, 24), haben sich an den wirtschaftlichen Realitäten und ihrer Übermacht noch immer lächerlich gemacht. Den 'Organisierten Kapitalismus' kann man nicht mit Adam Smith-Nostalgie bändigen, sondern nur mit einem starken und handlungsfähigen demokratischen Staat, denn dieser ist das Medium, mit dessen Hilfe die Staatsbürgerinnen

² Vgl. dazu grundlegend: Abelshauser (2011), S. 28-58.

und Staatsbürger darüber befinden können, welche Anliegen ihres gemeinsamen Lebens sie sinnvollerweise über individuelle Kaufentscheidungen am Markt, über obrigkeitliche Gesetze und öffentliche Administration, über gesellschaftliche Verbände und Organisationen wie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, über regionale, familiäre und nachbarschaftliche Selbsthilfe oder auf welchen Wegen auch immer bearbeiten und gestalten wollen.

Es kann also nicht nur um die Zusammenhänge von Marktwirtschaft und Demokratie als solchen gehen. Wenn man etwas über die Akzeptanzbedingungen dieser beiden Steuerungsinstanzen in den Bevölkerungen verschiedener Staaten in Erfahrung bringen will, muss man unbedingt auch das Wohlfahrtsstaatsprinzip mit in den Blick nehmen. Würde man entsprechend breit angelegte vergleichende Studien in Angriff nehmen, würde man wahrscheinlich darauf aufmerksam, dass es – zumindest, wenn man auf die Entwicklungen des westlichen Staatenwelt nach dem 2. Weltkrieg blickt – auffällige Korrelationen zwischen Demokratie und Wohlfahrtsstaatlichkeit gibt; und dass es auf dieser Basis, also bei funktionierenden wohlfahrtsstaatlichen Demokratien, zugleich auch hohe Zustimmungsraten zur Marktwirtschaft geben dürfte, umgekehrt dagegen womöglich deutlich weniger. Auf dieser Basis wäre dann auch nach möglichen Kausalitäten zu forschen. Dabei dürfte prima facie viel dafür sprechen, dass erst ein leistungsfähiger und umverteilungsintensiver Wohlfahrtstaat breite Zustimmungen sowohl zur Demokratie als auch zur Marktwirtschaft auslöst und garantiert. Ein Blick in die Geschichte der frühen Bundesrepublik wird diese Vermutung sicherlich bestätigen. Die Deutschen wurden nach dem 2. Weltkrieg jedenfalls erst in dem Maße zu Freunden und Anhängern der Demokratie, wie sich in der Adenauer-Ära – nicht zuletzt durch die große, sozialkatholisch motivierte und von den ordoliberalen Kräften heftig bekämpfte Rentenreform des Jahres 1957 – das Versprechen vom 'Wohlstand für alle' zu realisieren begann. Und in dem Maße, wie frühere sozialpolitische Sicherheits- und Teilhaberversprechen von der Politik aufgekündigt wurden – exemplarisch steht hier die neoliberal motivierte sozialdemokratische Hartz IV-Gesetzgebung der Jahre 2002/03, geriet auch die Demokratie in die Krise. In den Politik- und Sozialwissenschaften ist man sich heute weitgehend einig, dass sich die bedrohlichen Tendenzen einer rechtspopulistischen Frontalabsage an die etablierte Prozesse demokratischer Meinungs- und Willensbildung ohne diese Aufkündigung früherer sozialpolitischer Integrationsversprechen kaum angemessen verstehen lassen.

Die Frage jedenfalls, ob nicht erst etablierte Wohlfahrtsstaaten Demokratie und Marktwirtschaft fördern und stabilisieren, gehört auf die Agenda vergleichender statistischer Erhebungen, auch wenn sie – zumindest in der Ökonomie – m.W. nur selten systematisch angegangen wird. Könnte dies daran liegen, dass die liberale Ökonomie den Wohlfahrtsstaat meidet wie der Teufel das Weihwasser?

Wie auch immer: An Thomas Apoltes Fazit "Ohne Marktwirtschaft kann eine Demokratie nicht überleben" (24) dürfte empirisch und auch theoretisch mindestens ein Körnchen Wahrheit sein. An dem umfassenderen Satz: "Ohne Sozialstaat können weder Demokratie noch Marktwirtschaft überleben" dürfen jedoch noch viel mehr Wahrheitskörner zu finden sein.

Literaturverzeichnis:

Abelshauser, Werner (2011): Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2. Aufl., München 2011.

Slobodian, Quinn (2020): Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus, Frankfurt am Main 2020.